

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1872

19.11.1872 (No. 274)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 19. November.

N. 274.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1872.

Amlicher Theil.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen haben Nachstehendes Allergnädigst zu bestimmen geruht:

Zufolge Allerhöchster Kabinetts-Ordres vom 12. d. M. wird der Secondlieutenant von Arnauld de la Perière in das 1. Badische Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109 und der als Inspektions-Offizier und Lehrer bei der Kriegsschule zu Hannover kommandirte Premierlieutenant Dahlke vom 1. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 75 in das 6. Badische Infanterie-Regiment Nr. 114 versetzt.

Ferner wurden zufolge Allerhöchster Kabinetts-Ordre vom 4. November er. der Oberstabs- und Regimentsarzt Steinam vom Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14 dem Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, Korpsartillerie, überwiesen; der Stabs- und Bataillonsarzt Dr. Ulrich vom Füsilierbataillon 4. Westphälischen Infanterie-Regiments Nr. 17 zur Wahrnehmung der regimentsärztlichen Funktionen zum hiesigen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 11, Divisionsartillerie, und der Stabs- und Bataillonsarzt Dr. Schünemann vom Hannover'schen Pionier-Bataillon Nr. 10 zur Wahrnehmung der regimentsärztlichen Funktionen zum Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14, Divisions-Artillerie, kommandirt.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 13. d. Mts. gnädigst geruht, den ordentlichen Professor Dr. Gustav Schönberg an der Universität Freiburg auf sein unterthänigstes Ansuchen behufs Uebnahme eines Lehrstuhls an der Universität Erlangen auf Ostern künftigen Jahres aus dem badischen Staatsdienste zu entlassen, und den Gymnasiallehrer Otto von Sallwürk am Gymnasium zu Düsseldorf zum Professor am Progymnasium in Bruchsal zu ernennen.

Nicht-Amlicher Theil.

Telegramme.

† **Stralsund**, 16. Nov. Die „Baltische Ztg.“ meldet über die durch die Ueberschwemmung verursachten Verheerungen aus guter Quelle folgende Details: Die Drischhaften Pregel, Ahrenshopp, Born und Wick auf der Halbinsel Darß haben furchtbar gelitten. Die Bevölkerung von Pregel scheint entschlossen zu sein, ganz auszuwandern. Der Küste entlang sind ganze Morgen Landes abgeschwemmt, anderwärts sind neue angezogen. In Neudorf auf Hiddensee sind von 57 Häusern nur 5 unverfehrt. Die Einwohnerzahl ist null. Die ganze Düne von Göhren bis Thiesow ist fortgerissen. Ein ungeheurer Viehverlust wird von allen Seiten gemeldet. Der Gesamtverlust des Regierungsbezirks Stralsund zählt nach Millionen. Gestern hat sich ein Verein gebildet, um einen Hilferuf für die Verarmten durch ganz Deutschland zu erlassen.

† **Emberg**, 16. Nov. Der Antrag der Ruthenen betreffend die direkten Reichsraths-Wahlen ist vom Landtage in erster Lesung mit 101 gegen 19 Stimmen verworfen worden.

† **Rom**, 16. Nov. Die Regierung stellte dem Papste die Rententitel zur Verfügung, welche ihm das Garantiegesetz zugesprochen hat. Die Sendung war von einem Schreiben des Finanzministers Sella begleitet. Kardinal Antonelli antwortete, der Papst könne nicht eine Summe annehmen, welche durch ein von ihm nicht acceptirtes Gesetz gewährt worden sei.

† **Versailles**, 16. Nov. Nationalversammlung. Claude, Abgeordneter des Departements Vosges, bringt den Antrag ein, daß die freie Einfuhr von Baumwollen-Geweben aus Elsaß-Lothringen vom 31. Dezbr. ab auf 6 Monate verlängert werden möge. Die Versammlung beschließt die Dringlichkeit für den Antrag.

Deutschland.

† **Strasburg**, 16. Nov. Die Zahl der an unserer Universität bis jetzt immatriculirten Hörer hat 400 bereits überschritten. Das Ergebnis ist ein äußerst erfreuliches und übertrifft gewissermaßen selbst kühne Erwartungen. Die Studirenden, deren Mehrzahl nach allen Anzeichen wirklich des Studiums halber sich hier befinden, sind im Allgemeinen mit ihrem Aufenthalte sehr zufrieden, wenn auch über die absonderliche Theuerung der Lebensbedürfnisse und der Wohnungen vielfach Klagen laut werden. Diese Zufriedenheit in dem an Verstreuungen und Vergnügungen armen Strasburg ist der sicherste Nachweis meiner Behauptung, daß diese Studirenden ihren Hauptzweck nicht aus den Augen verlieren. Auch das Auftreten der jungen akademischen Bürger ist in jeder Hinsicht ein tatkraftvolles und fern von jenen Präntionen, die manchmal in Universitätsstädten in nicht erfreulicher Weise sichtbar werden. Es läßt sich nicht verkennen, daß Alle fühlen,

wie auch sie berufen sind, dem deutschen Namen und der deutschen Sitte Ehre zu machen. Dieses Zeugniß beruht nicht etwa auf jener — in letzter Zeit — mehrfach genannten „Schönfärberei“, sondern ist dem Munde bedeutender akademischer Lehrer entnommen, die noch im vorigen Semester nicht ohne Sorgen der Entwicklung unserer Universität entgegengekommen, heute aber stolz sind auf das erfreuliche Gedeihen dieser Hochschule. Unter den Immatriculirten der juristischen Fakultät befinden sich auch 4 geborne Elsaß-Lothringer, die zum Theil schon auf französischen Abakemien die Studien der Rechtswissenschaft betrieben haben. In der medizinischen Fakultät ist die Zahl der eingebornen Landeskinde bedeutend; am stärksten ist sie in der protestantisch-theologischen Fakultät. So bestätigt ein Tag nach dem andern, wie wenig begründet einerseits die Prophezeiungen Uebelgestunter, andererseits die Befürchtungen ängstlicher Bestimmten waren und sind. — Wie jämmerlich verlief der Optionschwandel im Sande! Wie falsch erwies sich die Behauptung, bei dem diesjährigen Aushebungsgeschäfte würde sich kein Elsaß-Lothringischer Rekrut finden lassen! Wie resultatlos war die von der franz. Regierung so „wohlgemeint“ Verlegung der Straßburger Universität nach Nancy! Die hiesige Hochschule hält nicht etwa bloß mit ihren Lehrkräften den Vergleich mit der Akademie von Nancy vollständig aus, sondern weitest bereits auch erfolgreich in der Zahl der Schüler mit letzterer Anstalt. Unter diesen Umständen wird sich jene „L'esperance“, die jenseits der Vogesen und selbst diesseits derselben so häufig im Munde geführt wurde, wohl in anderer Weise verwirklichen müssen, als die Träger dieses Wortes wähten.

* **Kolmar**, 16. Nov. Der „Strß. Ztg.“ zufolge hat der Kreis Kolmar bei der Aushebung (die Freiwilligen eingerechnet) das Kontingent erreicht. In Erstein ist es sogar um 10 Mann überschritten. — Nachträglich sind verschiedene Privatpersonen, welche während des Kriegs ohne ihr Verschulden körperliche Beschädigungen erlitten haben, 17,000 Fr. Unterstützung bewilligt worden. — Der „Alfacien“ erscheint von heute an nur in deutscher Sprache, und zwar unter dem Titel: „Elsaßische Volks-Zeitung“.

EC **Aus Deutsch-Lothringen**, 16. Nov. (Der Nied- und Moselkanal.) Der auf französischem Gebiete von Frouard bis zur Reichsgrenze bei Arnauld beendete, von da bis Metz im Saar-gebirge und von Metz bis Diedenhofen noch zu projektirende Moselkanal erhält für Deutsch-Lothringen eine erhöhte Bedeutung durch die Aussicht auf den Bau des Niedkanals, einer schiffbaren Verbindung der Mosel bei Metz mit der Saar bei Wallerfangen oder bei Wehrden. In der Kürze sollen die Vorarbeiten hierzu beginnen und sich zunächst auf Beantwortung der Frage erstrecken, ob die zur französischen Zeit durch den Obergeringenieur Fécot angeregte Idee, das zur Speisung der Scheitelhaltung erforderliche Wasserquantum aus dem Moselkanal zu entnehmen und auf eine Höhe von etwa 45 Meter mittelst Pumpen zu heben, wie behauptet wird, die einzig ausführbare ist, oder ob es sich ermöglichen läßt, die zur Speisung des Kanals erforderlichen Wassermassen im Flußgebiet der deutschen und französischen Nied zur Zeit der Hochwasserstände in genügender Maße anzuhäufeln und zur Speisung zu verwerten. Realisirt sich der Niedkanal, so ist das Saarkohlenbecken für die bedeutende Industrie von Deutsch-Lothringen auf dem kürzesten Wege erschlossen und gleichzeitig ein Abgabegebiet für die reichhaltigen Eisenerze des Moselthals geschaffen. Im Hinblick hierauf verfolgt man mit erhöhtem Interesse die Bauausführungen am Moselkanal, der zudem in baulicher Beziehung zu den bedeutendsten Kanalanlagen der Neuzeit zählt. Sein Profil mißt auf der Strecke von Ars a. d. Mosel bis Metz 2 Meter Wassertiefe bei 15 Meter Sohlenbreite; die Speisung der Kanalhaltungen erfolgt durch den mittelst sog. Nadelwehre angefaulten, streckenweise auch als Schiffsfahrtsstraße benutzten Moselstrom. Eine große Anzahl massiver, bew. eiserner Brücken verschiedener Konstruktion ist über und unter dem Kanal zu erbauen, während dieser selbst die beiden Eisenbahnen Metz-Nancy und Metz-Diedenhofen mittelst massiver Unterführungen durchzieht. Von besonderem Interesse ist ferner die Führung des Kanals durch die Festungswerke von Metz und die in Aussicht genommene Anlage verschiedener Häfen. Metz selbst erhält deren zwei, von denen der erste unterhalb der Esplanade liegt und aus zwei großen Bassins besteht, deren Wasserspiegel um ungefähr 2 Meter differiren. Ein zweiter Hafen, in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes, zwischen dem Militärturnplatz und der sog. Bahnhofselünette befindlich, erfordert nach dem jetzt in der Aufstellung begriffenen Projekt die Abtragung der Bahnhofselünette und ermöglicht gleichzeitig eine Verbindung durch Schienenwege mit dem ungefähr 8—9 Meter höher gelegenen Bahnhofe. Der in Rede stehende Hafen ist eventual als Anfangspunkt für den Niedkanal in Aussicht genommen. Die Strecke von der Deutschen Reichsgrenze bis Metz einschl. Hafenanlage ist 20 Kilometer lang und kostet deren Vollendung nach dem französischen Kostenaufschlage ungefähr 3 Mill. Fr. Die

Bauausführungen, welche bei Beginn des Krieges bereits von Frouard bis in die Nähe der jetzigen Reichsgrenze vorgeschritten waren, wurden zur französischen Zeit durch den Obergeringenieur Fécot, dem Erfinder des Projekts, geleitet. Unter der deutschen Verwaltung ist die Bauleitung, bezw. Beendigung des Projekts dem kais. Wasserbau-Bezirksingenieur Schlichting in Metz übertragen, dem zur Ausführung der großen Bauten ein zahlreiches technisches Personal von Ingenieuren und Aufsehern unterstellt ist. Die Arbeiten werden von denselben Akfordanten weiter geführt, welche bereits unter der französischen Verwaltung die Ausführung übernommen hatten.

München, 16. Nov. (Fr. Pr.) Ministerialrath im Ministerium des Innern, Nibel, ist zu den Verhandlungen des Bundesraths nach Berlin abgereist. Oberrechnungsrath Langgraf vom Finanzministerium folgt ihm in den nächsten Tagen nach.

Bamberg, 16. Nov. (Fr. Pr.) Der vom Abg. Pfarrer Mohr geleitete kathol. Volksverein in Ebermannstadt, berichtigt durch die von ihm beabsichtigte Adresse gegen den Bischof von Passau, ist auf Grund des Vereinsgesetzes vom Bezirksamt Ebermannstadt geschlossen worden.

□ **Frankfurt**, 17. Nov. Ein interessanter Vorgang wird aus Dornholzhausen gemeldet, einer kleinen französischen Kolonie dicht bei Bad Homburg, die sich dort zur Zeit der Hugenottenverfolgungen angesiedelt hat und heute sich noch der französischen Sprache bedient. Vor kurzem wollte die Gemeinde ihren in dem letzten Kriege gefallenen Angehörigen einen Denkstein setzen lassen, aber der erst vor kurzem aus Frankreich vertriebene Geistliche weigerte sich, die Feste zu halten. Die Gemeinde wußte jedoch sofort Rath, indem sie einen Geistlichen aus Frankfurt kommen ließ, und so hat denn die Einweihung des Denksteins heute vor 8 Tagen stattgefunden. Der bisherige französische Pfarrer wird nun wohl nach Frankreich zurückkehren.

Aus Sachsen, 16. Nov. (Nat.-Ztg.) Die Verhandlungen unserer Kammern nehmen einen sehr ernsten Charakter an, seitdem durch die gestrige Debatte und Abstimmung in der Ersten Kammer so gut wie entschieden ist, daß zwischen dieser und der Zweiten Kammer in Bezug auf eines der wichtigsten Reformgesetze, das Volksschulgesetz, ein weiter, schwer ausfüllbarer Riß kauft, ja daß das Scheitern dieses ganzen Gesetzes viel wahrscheinlicher ist, als sein Zustandekommen. Die Erste Kammer hält fest an dem streng konfessionellen Charakter der Volksschule, während die Zweite Kammer sich gegen diesen erklärt hat. In Konsequenz dieser Ansicht wird die Erste Kammer auch die Ortsaufsicht über die Volksschule nach wie vor dem Geistlichen erhalten wissen wollen, während die Zweite Kammer (ganz im Sinne des preussischen Schulaufsichtsgesetzes) dieses Amt als ein frei von dem Staate zu vergebendes betrachtet. Es ist eben so wenig Hoffnung vorhanden, daß die Erste Kammer von ihrem Standpunkte abgeht, wie andererseits zu erwarten steht, daß die Zweite Kammer ihre, zum Theil mit sehr großen Majoritäten gefaßten Beschlüsse zurücknehmen sollte. Nun steht nur leider hier bei uns die Sache darin viel anders und ungünstiger als in Preußen, daß das sächsische Kultusministerium schon seinem Entwurfe nach ganz und gar auf Seiten der Ersten Kammer sich befindet, ja von der Ersten in einzelnen Punkten über seinen Entwurf hinaus noch weiter nach rechts sich drängen läßt. So wäre also nahezu die ganze Arbeit vieler Monate eine rein vergebliche gewesen, und Sachsen, das ohnehin auf dem Gebiete dieser Reformen von vielen deutschen Staaten schon überholt ist, bliebe auf dem weiß wie lange weit dahinten.

□ **Berlin**, 16. Nov. Die aus Paris eingegangenen Nachrichten über das Befinden des Fürsten v. Bismarck lauten auch heute günstig. In dem Zustand desselben zeigt sich eine regelmäßig fortschreitende Besserung. Die anfänglich verbreiteten Gerüchte über die Krankheit des Fürsten Bismarck haben sich als starke Uebertreibungen herausgestellt. — Bekanntlich ist aus Breslau gemeldet worden, es bestche dort die Absicht, den jetzigen Oberbürgermeister v. Forckenbeck als Vertreter der Stadt Breslau für das Herrenhaus zu präsentiren. In Folge dessen haben hier in Abgeordnetentreisen schon Besprechungen darüber stattgefunden, wer an Stelle des Hrn. v. Forckenbeck zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu wählen sei. Man richtete das Augenmerk auf Hrn. Bennigsen, nahm aber von dessen Kandidatur wieder Abstand, indem man auch dessen Berufung in das Herrenhaus als wahrscheinlich bezeichnete. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden Neubereinigungen in dies Haus ist die Präsidentenfrage des Abgeordnetenhauses vorerst überhaupt noch vertagt worden.

Auf parlamentarischer Seite besteht der Wunsch, daß die neue Kreisordnungsvorlage unverweilt gedruckt werde, damit möglichst schon morgen im Abgeordnetenhause deren geschäftliche Behandlung festgestellt werden könne. In hiesigen politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft

mit der Frage, welches Verhalten zu dem neuen Kreisordnungs-Entwurf von den konservativen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses zu erwarten sei. Mehrfache Anzeichen sprechen mit ziemlicher Bestimmtheit dafür, daß die Mehrzahl dieser Mitglieder dem neuen Kompromiß beitreten und also der jetzigen Regierungsvorlage zustimmen werde. Dagegen dürfte ein anderer Theil der Konservativen des Abgeordnetenhauses sich vom Standpunkt der Herrenhaus-Beschlüsse sehr entschieden gegen die Vorlage erklären. Einige radikale Blätter behaupten, die Staatsregierung sei in Betreff einer Umgestaltung des Herrenhauses noch zu gar keinem Entschlusse gekommen. Angesichts des neulich erwähnten Artikels der ministeriellen „Provinzial-Korresp.“ hat diese Behauptung jedenfalls den Charakter der Kühnheit für sich. Wie hier aber auch von neuem in sehr bestimmter Weise versichert wird, ist ein umfassender Pairschub fest beschloffen. Derselbe soll alsbald zur Ausführung gelangen. Alle Vorbereitungen zu seiner Vollziehung sind schon im Gange. — Gestern ist der neu ernannte Polizeipräsident v. Hergenbahn aus Frankfurt a. M. hier eingetroffen. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde derselbe von dem Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg, empfangen.

Berlin, 15. Nov. (Köln. Z.) Da der Befehl zur Ueberleitung des Jahrganges 1888 zum Landsturm ergangen ist, so werden die Landwehrlente, welche zum Uebertritte zum Landsturm berechtigt sind, ihre Landwehrpässe den betreffenden Bezirks-Feldwebeln vorzulegen haben, damit das Weitere darnach veranlaßt werden kann. Demnach werden die Landwehr-Bezirkskommandos wohl noch Bekanntmachungen erlassen. Der Austritt aus dem Reserve- und Landwehr-Verhältnisse wäre danach für diesmal mit Ablauf einer vierzehnjährigen Dienstzeit gegeben.

Berlin, 16. Nov. Abgeordnetenhaus. Präsident v. Jordanbeck theilt die Konstituierung der Petitions-, Budgets- und Geschäftsordnungs-Kommissionen mit. Der Minister des Innern bringt die Kreisordnungs-Vorlage ein; derselbe bemerkt, daß die Regierung sich bereits entschieden habe, inwieweit sie den früheren Beschlüssen des Hauses beitreten könnte und inwieweit nicht, und hebt fünf Punkte hervor, in welchen die Regierung eine Aenderung der früheren Beschlüsse beansprucht. Diese Punkte betreffen die Befreiung von den Kreisabgaben, die in Zahlen ausgedrückte Größe der Amtsbezirke, die Ernennung der Amtsvorsteher, die Enthaltung der amtsvorsteherlichen Polizeiverordnungen durch den Kreisaußschuß, wenn der Amtsausschuß seine Zustimmung verweigert, endlich die Zusammensetzung des Kreisrathes. Der Minister des Innern erwähnt die Nothwendigkeit besonderer Bestimmungen für die anormalen Verhältnisse Neuvorpommerns und einzelner Bezirke der Provinz Sachsen, und spricht die Ueberzeugung aus, daß das Abgeordnetenhaus die Bedeutung eines allseitigen Einverständnisses würdige, und hofft, daß dasselbe Hand in Hand mit der Regierung das bedeutsame Gesetz erliege. Der Minister bringt ferner einen Gesetzentwurf betreffs der Dotierung von Provinzialfonds ein. Dem Präsidium gingen vom Finanzminister die Rechnungen pro 1868 und 1869, die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben pro 1871, sowie das Budget pro 1873 zu. Vom Abg. Reichensperger ging ein Antrag wegen des Religionsunterrichts am Braunsberger Gymnasium ein, vom Abg. Mallinckrodt ein Antrag betr. die nach der Verfassung angeblich unzulässige Ausschließung der Ordensgeistlichkeit vom Volksschulunterricht. Gewählt wurden die Gemeinde-, Agrar- und Unterrichtskommissionen. Die erste Lesung der Kreisordnung findet am Mittwoch statt.

Schweiz.

Bern, 14. Nov. (Köln. Z.) Leider hat der Schlussartikel des zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz abgeschlossenen Niederlassungsvertrags, welcher bestimmte, daß der Vertrag mit dem 1. Jan. 1873 in Kraft treten solle, weil eine Einberufung des deutschen Reichstags in diesem Jahre nicht mehr stattfindet und ihm der Vertrag somit auch nicht zur Genehmigung vorgelegt werden kann, eine Aenderung erleiden müssen. Der Termin für sein Inkrafttreten ist jetzt auf den 1. Juli 1873 anberaumt. Die Gleichstellung der übrigen deutschen Staatsangehörigen mit den durch bereits bestehende Niederlassungsverträge gegen in gewissen Kantonen übliche willkürliche Steuerbezüge geschützten Badenern und Württembergern ist somit noch für einige Zeit verzögert.

Aus der Schweiz, 15. Nov. (Fr. Z.) Der Stand Solothurn hat schon im September 1870 Namens der am 18. August in Solothurn versammelten Diözesanstände gegen das am 18. Juli verkündete Dogma der Unfehlbarkeit protestirt und u. A. erklärt: „Sollten Sie, hochw. Bischof, gleichwohl die Publikation anordnen, so müssen wir uns diejenigen Maßnahmen vorbehalten, die uns dann vorgezeichnet sind; es dürfte dann bei so veränderter Sachlage auch die Uebereinkunft über Wiedererrichtung des Bisthums Basel von 1828 als eine für uns wieder offene Frage an uns herantreten.“ Der Diözesanvertrag von 1828 hat bereits verschiedene unheilbare Risse in Aargau, in Baselland und Bern erhalten, und so könnte leicht der in Aussicht gestellten eventuellen Kündigung die definitive bald folgen.

Aus der Schweiz, 16. Nov. Auf den 19. d. M. hat Solothurn in der Angelegenheit Gschwind die Diözesankonferenz einberufen und am 25. d. M. wird die Sache im Kantonsrath von Solothurn zur Sprache kommen.

Frankreich.

Paris, 16. Nov. Das „Bien public“ versichert, Graf Arnim und Hr. v. Remusat hätten bereits mehrere Unterredungen der Wiederheraushebung des Paserfordernisses an den deutsch-französischen Grenzen gehabt, und hofft, daß diese Frage bald zur Zufriedenheit der

beiden Regierungen gelöst sein wird.“ Es ist wirklich erstaunlich, wie ein als offiziös bezeichnetes Blatt eine solche Unwahrheit in die Welt schleudern kann. Wir wissen aus der zuverlässigsten Quelle, daß in den Unterredungen, welche Graf Arnim seit seiner Rückkehr mit dem Minister des Aeußern gehabt hat, das Wort „Paser“ von keinem der beiden Staatsmänner auch nur in den Mund genommen worden ist. Auf die Beschwerde eines hervorragenden französischen Industriellen, welcher dem Minister des Innern vorstellte, daß es nur bei der diesseitigen Verwaltung stehe, den Reisenden der beiden Länder diese Placerei und die mit dem Visa verbundene Ausgabe zu ersparen, soll Hr. Victor Le Franc gutem Vernehmen nach erwidert haben: er könne mit Rücksicht auf die Communitätlinge die deutsche Grenze nicht freigeben! So lange in den hiesigen offiziellen Kreisen noch solche Anschauungen vorherrschen, muß die deutsche Regierung es offenbar lediglich bei der Repressalie sein Bewenden haben lassen. Es fehlt ihr übrigens nicht hierbei an einem kleinen finanziellen Trost: wie wir hören, vergeht kein Tag, an welchem die Bistung der Pässe auf der deutschen Botschaft in Paris nicht mindestens 300 Fr. eintrüge. Man kann also dort in Gebuld die Befreiung der französischen Verwaltung zu liberaleren Anschauungen abwarten.

Der Abg. Boyer, ein Mitglied der Rechten, hat so eben einen Antrag eingebracht, demzufolge das Gesetz vom Jahre XII. über die Friedhöfe dahin abgeändert werden soll, daß künftig für die Beisetzung von Personen, welche sich zu keinem der vom Staate anerkannten Kulte bekennen, auf den Begräbnisplätzen ein besonderes Terrain abgetheilt werde, welches seinen eigenen Eingang, und zwar direkt von der öffentlichen Straße hätte. Inzwischen verberlicht Hr. Thiers in seiner Botschaft die Errungenschaften von 1789!

Von dem Kriegsminister ist unterm 4. d. M. folgendes Rundschreiben ergangen:

General! In der diesjährigen Prüfung der Offiziere, welche sich um Zulassung zu der Generalstabs-Applicantenschule beworben haben, stellte sich bei der Mehrzahl derselben für den militärischen Aufschwung und Eifer, sowie für die Ausführung der topographischen Zeichnung eine Schwäche heraus, wie man sie von jungen Offizieren, die als Kandidaten für diese Anstalt auftreten, schlechterdings nicht erwarten sollten. Demnach bitte ich Sie den unter Ihren Befehlen stehenden Offizieren, welche sich um einen Platz in dem Generalstabs-Korps bewerben wollen, zu eröffnen, daß in Zukunft bei der Prüfung der Kandidaten in den genannten zwei Gegenständen mit der größten Strenge verfahren werden wird. Genehmigen Sie etc. — G. de C. Eisen.

Ein anderes Rundschreiben des Kriegsministers vom 5. d. lautet:

M. H.! Man meldet mir, daß trotz meiner Einschränkungen und insbesondere trotz der Instruktionen, welche in der Ministerialnote vom 1. Juni d. J. enthalten waren, gewisse Militärbehörden noch immer direkt mit den Beamten der an Deutschland abgetretenen Gebiete korrespondiren. Ich bitte Sie, die ausdrücklichen Befehle zu erlassen, daß jede Korrespondenz dieser Art aufhöre, und in Erinnerung zu bringen, daß alle Schriftstücke ohne Ausnahme, welche für die bürgerlichen Behörden von Geschäftskontingen bestimmt sind, an mich (Generalstab, 1. Bureau) adressirt werden müssen, um auf diplomatischem Wege an den Ort ihrer Bestimmung geleitet zu werden.

Marshall Bazaine wird, wie der „Temps“ vernimmt, täglich von dem General de Rivière verhört; man sieht voraus, daß dieses Verhör, welches sich auf sämtliche Zeugen ausstreckt, mindestens bis Ende Dezember fortbauern wird.

Paris, 16. Nov. Die Rechte hielt gestern unter dem Vorhitz des Hrn. v. Larcy eine neue Berathung.

Hr. Ernoul unterstützte in derselben mit Nachdruck den Antrag des Hrn. v. Kerdel. Nach der Botschaft, sagte dieser Abgeordnete, kann man nicht mehr darüber zweifeln, daß Hr. Thiers seinen wiederholt und feierlich geäußerten Willen zum Ausdruck gebracht hat, die republikanische Form zu bevorzugen. Ein solches Verfahren hat einen Namen, der nicht näher bezeichnet zu werden braucht. Wenn die Nationalversammlung auf diese Herausforderung schwiege, so läme das eine Abhandlung gleich. Die Kammer besitzt und sie allein besitzt die konstituierende Gewalt. Dieses wichtige Grundprinzip muß, wenn nicht in einer Adresse, so doch in einer Antwort, welche die Form einer Tagesordnung annehmen mag, ausgesprochen werden; es genügt, in zwei Zeilen die Rechte der Nationalversammlung zu bekräftigen und zugleich zu erklären, daß sie gegenwärtig von ihrem konstituierenden Rechte nicht Gebrauch machen will. Dabei handelt es sich nicht um eine Mittelstellung von Macht zu Macht, da die exekutive Gewalt nur eine Delegation der souveränen Nationalversammlung ist, sondern um eine Antwort der Nationalversammlung auf eine öffentliche Erklärung, welche ihre wichtigsten Rechte zu usurpiren scheint. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir eine systematische Opposition unternehmen oder die Regierung kürzen wollen; im Gegentheil wünschen wir aufrichtig die Fortdauer des herrschenden Regiments und sind bereit, die Regierung in jedem Falle zu unterstützen, wo sie die konservativen Prinzipien zur Geltung bringen will. Nicht wir haben den Anstoß zu dem Konflikt gegeben, nicht wir haben von konstitutionellen Reformen gesprochen oder auf die Nothwendigkeit einer definitiven Staatsform hingewiesen. Wir verlangen von der Regierung weiter nichts, als daß sie ihr Versprechen halte und in dieser Frage neutral bleibe. Im Namen des rechten Centrums führten in dieser Versammlung die Hrn. v. Cumont und A. Foubert das Wort; der Letztere erklärte, daß man, von einigen Individualitäten abgesehen, welche sich von der Gruppe des rechten Centrums abblenden, gewiß sein kann, die konservative Partei binnen kurzem stärker und einträchtiger zu sehen, als je.“

Auch das linke Centrum hielt gestern eine Berathung, worin die konstitutionelle Frage besprochen wurde.

Die Hrn. Gautier de Humilly und Scherer wünschten, daß man sogleich ein Komité einse, welches, der Einladung der Präsidienbediensteten entsprechend, einen Verfassungsentwurf ausarbeite. Hr. Ensi Picard meinte, daß man an den Kerdel'schen Antrag anknüpfen könne. Dieser Antrag, sagt er, welcher sich unter-

singt, dem Präsidenten der Republik in's Gesicht zu widersprechen, legt am besten die Gefahren der gegenwärtigen Lage bloß. Eine Kritik wäre unvermeidlich, wenn nicht die Gewalten des Präsidenten der Republik auf einen bestimmten Zeitraum fixirt und so außer Frage gebracht würden. Dies ist das Dringende. Ohne Zweifel muß sich hieran auch eine Entscheidung über die Zukunft der Nationalversammlung knüpfen und über die Art, wie sie einzeln ersetzt werden soll, und ich für meinen Theil bin schon vor einem Jahr mit dem Vorschlage einer partiellen Erneuerung und der Einführung eines Oberhauses hervorgetreten. Doch das sind Streitpunkte, welche man zu diskutieren haben würde. Bemerkte sei nur noch, daß man der Nationalversammlung mit Unrecht die konstituierende Gewalt abspreschen will. Die Nationalversammlung hat ein Recht zu allen Akten, welche das Interesse des Landes erheischt, und es gibt kein dringenderes Interesse, als die Herstellung einer regelmäßigen Regierung. Was nun den Antrag des Hrn. v. Kerdel betrifft, so liegt demselben eine Verworslung zwischen einer Botschaft und einer Thronrede zu Grunde. Die Nationalversammlung kann keine Adresse erlassen, weil sie selbst souverän ist. Da nun aber einmal der Antrag gestellt ist, so müssen wir darauf mit einer Vorlage antworten, welche den Präsidenten der Republik mit einer definitiven und nicht mehr ansehbaren Gewalt ausstattet. Hr. Laboulaye wünscht zunächst, daß man die Berathung des Kerdel'schen Antrags in den Bureau erst auf Dienstag anse, damit der günstige Eindruck, welchen die Botschaft im Lande gemacht, Zeit habe, seine Rückwirkung auf die Abgeordneten zu üben. Die konstitutionellen Vorschläge des Hrn. Picard scheinen ihm unvollständig; man müsse sie in einem vollständigen Verfassungsentwurf ergänzen und zu diesem Zweck eine Kommission ernennen, die sich, wie auch die Botschaft ausgedeutet hat, mit der Regierung zu verhandeln hätte. Auch Hr. Marcel Barthe verlangt zur Herstellung wahrhaft gesicherter Zustände einen Vizepräsidenten, Permanenz der Nationalversammlung mit partieller Erneuerung und eine zweite Kammer. Man gelangt endlich nun zu dem Beschlusse, für die Ansetzung des Kerdel'schen Antrags auf Dienstag zu stimmen; hinsichtlich der konstitutionellen Fragen wird man aber nicht schlüssig. Erst nach der Sitzung haben sich, wie wenigstens der „Siecle“ versichert, mehrere hervorragende Mitglieder der Partei über folgenden Antrag geäußert: „Art. 1. Die Gewalten des Präsidenten der Republik werden auf die Dauer von vier Jahren erredet. Art. 2. Eine Kommission wird ernannt, welche die Maßregeln aufzufinden hat, die geeignet wären, die bestehenden Staatseinrichtungen zu vervollständigen.“

Die republikanische Union (äußerste Linke) hielt gestern ebenfalls eine Sitzung, in welcher sie zunächst ihr Bureau erneuerte und Hr. Louis Blanc an Stelle des Oberst Dufort zu ihrem Präsidenten ernannte, dann ebenfalls über den Kerdel'schen Antrag verhandelte. Sie beschloß, den Inhalt dieser Debatte geheim zu halten, und es ist eigenthümlich genug, daß gerade die radikale Partei sich in dieser Weise vor der Öffentlichkeit schütze, während alle anderen den Blättern ausführliche Berichte über ihre Fraktionsitzungen mittheilen. Man erfährt nur so viel, daß auch die republikanische Union den Vorschlag einer Antwort auf die Botschaft als den republikanischen Prinzipien widersprechend ablehnt.

Der Petitionsauschluß, der sich u. A. mit der Beschwerde des Prinzen Napoleon und der französischen Petition zu beschaffigen haben wird, hat Hr. v. Kerdel zu seinem Vorsitzenden gewählt. Man erinnert sich, daß dieser Legitimist in der Permanenzkommission sehr entschieden die Ansicht vertreten hatte, daß die Ausweisung des Prinzen Napoleon eine nicht zu entschuldigende Rechtsverletzung gewesen sei. — Am 24. d. M. steben bekanntlich in Paris die Wahlen zweier Gemeinderäthe an. Die Radikalen haben als Kandidaten den ehemaligen Maire des 14. Arrondissements, Hr. Veneux, für das Viertel Petit-Montrouxe und den Schriftsteller Hr. Morin für das Viertel Charonne.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 18. Nov. Nachdem Hr. Ministerialrath von Stöffer zum Mitglied der Centralkommission des Deutschen Reiches für die Wiener Welt-Ausstellung ernannt worden ist, hat derselbe nun auch in der Großbadischen Landeskommission als deren Vizepräsident die Beforgung der Ausstellungsgeschäfte übernommen; Hr. Ministerialpräsident Turban wird von ihm leither eingenommenen Vorhitz und damit die oberste mittelbare Leitung der Landeskommission beibehalten.

Karlsruhe, 16. Nov. Unter dem 1. d. M. ist von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog die neue Prüfungsordnung für die evang. Kandidaten der Theologie genehmigt worden. Seit Jahrzehnten wurde eine solche ersehnt; Allerlei verbundene immer von neuem die Ausführung dieser so überaus nöthigen Reform. Endlich ist sie in dankenswerther Weise erfolgt. Nach 5 Semestern des theologischen Universitätsstudiums, welches an keine Landesuniversität gebunden ist, hat der badische Kandidat seine theologische Vorprüfung in Karlsruhe vor dem ev. Oberkirchenrath zu bestehen, eine Prüfung, welche mit der staatlichen Theologienprüfung — die ebenfalls einige erleichternde Aenderungen erfahren hat — in der Weise verbunden wird, daß jene auch der Kirchenbehörde für die allgemeine wissenschaftlichen Zweige gilt und ihr bloß eine rein theologische „Vorprüfung“ an der Stelle des bisher in Heidelberg abgelegten „Zentimens“ folgt. Nachdem diese staatliche und kirchliche Vorprüfung bestanden ist, hat der Kandidat noch 2 Semester lang wissenschaftlich-praktische Studien auf einer Universität als immatriculirter Student zu plegen, insbesondere die dortigen Seminare zu benutzen, um dann seine theologische Hauptprüfung in Karlsruhe abzulegen. Ein Zwangsbesuch der Heidelberger Universität oder des dortigen Predigerseminars besteht schon jetzt nicht mehr und ist auch in der neuen Verordnung in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, gebordert. Mit den Examinationsgegenständen ist eine der Zeit entsprechende Revision vorgenommen worden und hierin wird von den Betroffenen eine erfreuliche Erleichterung insofern erkannt werden, als die jetzigen Aufstellungen dem gegenwärtigen Bestand Weisen, was man zum theologischen Studium rechnet, besser als bisher entsprechen. — Damit wird allerdings der in ganz Deutschland immer entschiedener sich geltend machenden Erziehung der steigenden Abnahme des theologischen Studiums nicht gewehrt werden; diese beruht, wie es eine allge-

meine Thätigkeit ist, auf mehr allgemeinen, nicht sehr verflochten liegenden Gründen religiöser, kirchlicher und sozialer Natur.

Z Karlsruhe, 16. Nov. Am 13. d. M. war in Offenburg der Ausschuss des badischen Predigervereins versammelt. Anwesend waren die Dekane Traug, Helbing, Fischer, Wagner, Doll und die Pfarrer Seizer und Bittel. Als Verhandlungsgegenstände für die am 8. und 9. Juni des nächsten Jahres stattfindende Hauptversammlung wurde bestimmt: 1) die Predigt ehemals und jetzt, ein Thema, welches dazu dienen soll, die Anforderungen der Jetztzeit an eine gute Predigt dem altüberlieferten Predigtstil gegenüber zur Besprechung zu bringen; 2) die Bedeutung einer Schulbibel. Indem man zugleich beschloß, von den Referenten in erster Linie nur die Auffstellung einzelner zur Diskussion geeigneter Sätze und keine eigentlichen umfassenden Vorträge anzufordern, hofft man an der Stelle solcher, bei aller Vortheilhaftigkeit eine Versammlung allzu sehr ermüdenden und die Beihiligung möglichst vieler an der Besprechung beizutragenden Abhandlungen einen lebendigen Gedankenaustausch der Versammelten zu erzielen. — Hinsichtlich der Besinnungsgegenstände im Elsaß und der bayr. Pfalz erkannte man die vorläufige Gründung dortiger Landes-Predigervereine als das Erste, einen späteren Anschluss in irgend einer Weise erst als das Zweite, was zu erstreben sein werde.

Manheim, 16. Nov. Zahlreiche Bewohner der Schweringer Gärten, unseres hauptsächlichsten Fabrikdistrikts, haben sich mit einer ausführlich motivierten Bitte an den Gemeinderath gewendet, um im Interesse des großen Verkehrs in dieser Vorstadt, namentlich der 2000 Arbeiter, welche täglich viermal jenen Stadttheil passieren müssen, die ungenügende Fertigstellung des Trottoirs und die Herichtung der neu angelegten Seitenstraßen, die Beleuchtung der letzteren mit Gas und eine bessere Instandhaltung der Verbindung mit der Stadt zu erlangen. Der jetzige Zustand gefährdet inhaltlich der Beschwerde sogar den Gesundheitszustand der Arbeiter, die mit mangelhaftem Schuhwerk die Unzahl von Lachen und Pfützen in den Trottoirs passieren müssen. — Die erste Vorstellung der Komité, die die Fabrik zu Niederbronn (Schauspiel in 5 Akten von Ernst Wichert) erzielte vor fast befehltem Hause einen ansehnlichen Erfolg. Ein Arbeiterdrama mit allen Schlagworten unserer Zeit, mit Strafe und Wechselproben, Zahlungserschließung und Erbfolgebau, wurde das Stück zuerst in Königsterg, dem Domizil des Verfassers, dann in Leipzig aufgeführt. Schon aus dem Titel ist zu entnehmen, daß der Sohn des Werkführers als erster Techniker den Vater seiner Auserwählten, den Kommerzienrath H., rettet und dafür die Kohler heimführt. Daß zur Beilegung des bösen Prinzips ein Duell mit tödtlichen Folgen dient, ist etwas altmodisch; es hätte ein Epigonen'scher Sicherheitsverfaß schon genügt, allein die Beilegung des Bösen ist einmal nötig, wenn sie sich kriegen sollen.

Manheim, 17. Nov. Der Besuch Richard Wagner's bei seinem tüchtigeren Anhänger, Hrn. S. C. C., gestaltete sich zu einem Ereignis für die Stadt. Gestern früh brachte das Hornquartett des Theaterorchesters, gestern Abend der Gesangverein Wiederholungen ihm eine Huldigung dar; nach letzterer sammelte sich ein Kreis von Verehrern bei einem von Hrn. S. C. C. veranstalteten Feste; heute Abend wird Herr Wagner in dem stehenden Holländer als Zuhörer erscheinen. Gestern las Hr. S. C. C. zum ersten Male; sein Programm für den Abend lautete: Weien und Bestimmung der Kunst; Entstehung des Drama; dessen Zusammenhang mit der Musik; griechische Tragödie; Musik als selbständiges Ausdrucksmittel im Mittelalter; Entstehung der Oper, Scarlatti, Handel, Gluck, Fr. Ross betrachten seine Vorklänge nur als eine Vorbereitung für das Bühnen-Schauspiel im Jahre 1874, wie er alle bisherige dramatische Kunst nur als Vorbereitung und Vorbereitung der Kunstschöpfung betrachtet, deren Erreichung jetzt dem deutschen Volke bevorsteht. Wie gesehen, daß wir von der Ueberwältigung dieses Standpunktes betroffen sind und für den vorliegenden Zweck der Befürchtungen an anderen knüpfen. Denn so warme Anhänger der große Tonmeister hier in großer Anzahl besitzt, so ist doch unser kunststimmiges Publikum nicht zum Fanatismus angelegt, ein Fanatismus aber flücht aus der Auffassung Ross's heraus, der uns, weil unknüpflicher, abspitzt. Die Kunst ist ein ewiger Bestandtheil der Menschheit, ihre schönste Mitgift aus der schöpferischen Hand; darum laßt sie stetig vorwärts mit den Fortschritten des Menschen und wird immer vorwärts schreiten. Es ist deshalb unser Erachten ein Festhalten, alle bisherigen Kunststadien nur als Vorbereitung und unter begünstigten Zeitalter als zur Lösung der idealen Aufgabe geeignet zu erachten. Richard Wagner wohnt dem Vortrage seines glühenden Vortrages bei und mag an mancher Stelle ob des übergroßen Eifers häufig geworden sein. Wir sind sehr gespannt, wie wohl sein Thema in den weiteren Abenden fortwirken, möchten aber im Interesse der Sache schon jetzt bitten: Pas trop de zèle!

Manheim, 18. Nov. Die Kohlenräuber und alle beim Kohlenverladegeschäft betheiligten Arbeiter haben heute die Arbeit eingestellt, um einen höheren Lohn zu erzwingen. Demgemäß muß die Kohlenverladung von den Schiffen bis auf weiteres unterbleiben.

Mosbach, 16. Nov. Gestern Abend hatten wir den hier insbesondere einen Genuß, ein höchst künstlerisches Klavierkonzert anzuhören. Der Genuß des Hrn. Grafen von Reiningen-Billingen verdankten wir es, daß Hr. Karl Hermann, Bruder des gleichfalls als Virtuosen auf der Violine berühmten Eduard H. und Schüler des Stuttgarter Konservatoriums, hier auftrat. Die Violsche Bearbeitung der Zell-Duverture, ein Chopin'sches Choro, die Tannhäuser-Lohengrin-Paraphrase von Jaell und die ungarischen Zigeunerweisen von Taubert wurden mit einem, nur dem jugendlichen, begeisterten Künstler eigenen Schwünge vorgeführt und es war kein Wunder, daß selbst der Kunst sonst weniger zugewiesene Kreise mit fortgerissen wurden. Erst spät Abends trennte man sich nach fröhlich verlebten Stunden. Nächsten Sonntag Konzerte wiederholt stattfinden.

Reil, 15. Nov. (Reil, Bzg.) An denjenigen Stellen, auf welche die drei beiseitigen Forts zu stehen kommen, nämlich zwischen Sundheim und Garschweiler, zwischen Neumühl und Kork und bei Auenheim, befinden sich seit einigen Tagen 55 Fuß hohe hölzerne Stützgebäude. Wodurch den 16. d. M. wird eine Kommission von Festungsingenieuren aus Straßburg zur endgültigen Untersuchung und Feststellung des Risikos entsendet. Sotem Vernehmen nach soll mit den betreffenden Arbeiten noch in diesem Winter begonnen werden und wird demnach von hier über das sogenannte Ried nach Laub ein Schienenstrang gelegt, um das Heiligschiffen der Erde aus dem Schwarzwald zu ermöglichen.

Vermischte Nachrichten.

EC. Straßburg, 16. Nov. Sparkassen in Elsaß.

Lothringen. Eine erfreuliche Erscheinung ist die stete Steigerung der Einlagen in die Sparkassen seit dem 1. Okt. d. J. Vom 10. bis 20. Aug. waren diese Einlagen auf 18,206 Fr. gekommen; bis zu Ende Sept. stellten sie sich auf 24,000–30,000 Franken für je 10 Monatsrate. Das erste Drittel des Oktobers brachte dagegen eine Einlage von 152,354 Franken. Diese ungewöhnliche Steigerung kann dadurch veranlaßt gewesen sein, daß viele Spares, welche behufs befristeter Auswanderung ihre Einlagen zurückgezogen hatten, anderen Sinnes geworden waren und ihre kleinen Kapitalien nach Ablauf des Optionstermins den Kassen wieder zuführten. Vom 10. bis 20. Okt. ging dann die Summe der Einlagen wieder auf 56,873 Franken zurück, steigerte sich aber vom 20.–31. Okt. wieder auf 72,093 Fr. und vom 1. bis 10. Nov. auf 85,121 Fr. Diese Zahlen sind freilich noch keineswegs normale, aber sie zeigen doch den Anfang von Vertrauen in die Verhältnisse.

Mülhausen, 15. Nov. Die „N. Mülh. Ztg.“ hat bis jetzt schon vier Fisten mit den Namen von 314 Personen aus der hiesigen Gemeinde (nebst dem nahegelegenen Dornach) veröffentlicht, deren Option von der hiesigen Kreditdirektion für ungültig erklärt worden ist. Die Gesamtzahl, die durch diese Summe repräsentiert wird, ist natürlich beträchtlich größer und mag wohl beinahe 2000 betragen. Wenn man die, beiläufig bemerkt, fast ausschließlich deutschen Namen durchliest und findet, daß es meist nur Handwerker und Tagelöhner sind, so kann man schon begreifen, daß dieselben zur Option gezwungen worden; man wird aber auch wohl kaum in der Annahme verfehlen, daß dieselben über die Annulirung ihrer Option nicht untröstlich sein werden.

Leipzig, 15. Nov. In den Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit werden, wenn die Brandschäden eines Rechnungsjahres (1. Jan. bis 31. Dez.) die Reservefonds und die Summe aller eingegangenen Jahresprämien übersteigen, von den Versicherten Zuschüsse zu den Jahresprämien bis zum dreifachen Betrage verlangt. Wenn nun ein Versicherter erst im Laufe des betreffenden Jahres eingetreten ist, so fragt es sich, ob er den Zuschuß von seinem ganzen Jahresprämie oder nur von deren Rate für die Dauer der Versicherung bezahlen muß. Das Reichsoberhandelsgericht hat sich für das Letztere ausgesprochen, weil sonst eine unbillige Verwirrung im Rechnungswesen entstehe und die Gesellschaft ihre Mittel gar nicht übersehen könne.

Eine weitere Entscheidung des Reichsoberhandelsgerichts betrifft das Gesellschaftsrecht.

Wenn der alleinige Inhaber einer Handlung einen Gesellschafter annimmt und die neue Gesellschaft alle Aktiven und Passiven der Handlung übernimmt, so bezieht sich das auf Schulden und Forderungen der Handlung (z. B. Schulden und Forderungen der Firma). Dazu aber gehören nicht die Privatschulden und Forderungen des früheren Einzelkaufmanns; und als solche Privatkaufmanns erscheinen auch jene aus Handelsgeschäften, wenn sie aus einer Periode herrühren, in welcher derselbe die Handlung (Firma) noch gar nicht betrieb; denn dies kann keine Schuld dieser Firma sein, welche noch gar nicht bestand. Daran ändert es auch nichts, wenn jene Schuld in die Bücher der früheren Firma eingetragen war, da nicht jede in die Handelsbücher eingetragene Schuld als Schuld der Firma gilt, vielmehr auch rein persönliche Passiven eingetragen werden müssen. Natürlich barret der ursprüngliche Schuldner für seine Person, aber an das Vermögen der Handelsgesellschaft darf sich der Gläubiger nicht wenden.

Nachricht.

Berlin, 17. Nov. Aus Paris hier eingegangenen Nachrichten zufolge macht die Besserung in dem Befinden des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck weitere Fortschritte. Doch kann bei der Natur des seit Jahren eingewurzelten und jetzt durch eine Erhaltung wieder hervorgerufenen rheumatisch-nerösen Leidens die Genesung nur langsam vor sich gehen. Deshalb läßt sich auch noch nicht ermaßen, wann der Reichskanzler und Ministerpräsident im Stande sein werde, in der Hauptstadt seine Amtsgeschäfte wieder zu übernehmen. Von ärztlicher Seite ist ihm auch ferner eine sorgsame Vermeidung anstrengender Arbeiten, sowie der Aufenthalt in freier Luft empfohlen. Solche Schonung hat aber in letzterer Zeit nicht stattfinden können. Durch die Bewilligungen, welche vor einigen Wochen im preussischen Staatsleben auftauchten, ist auch die Thätigkeit des Ministerpräsidenten vielfach in Anspruch genommen worden, und zwar auf eine mit mancherlei Erregungen verbundene Weise. Das in Folge dessen eingetretene Bedürfnis neuer Erholung rückt einseitigen den Zeitpunkt ins Unbestimmte, zu welchem die Uebersiedelung des Fürsten Bismarck nach Berlin erwartet werden kann.

Nach einer Verabredung der beiseitigen und der österreichisch-ungarischen Regierung soll den hiesigen kommissarischen Besprechungen der sozialen Frage vorerst ein durchaus biskretter Charakter gewahrt bleiben. Damit ergibt sich die Unzuverlässigkeit der von einigen Vätern verbreiteten näheren Nachrichten über den angeblichen Gang dieser Besprechungen. Als bestimmt wird hier aber versichert, daß es in den Konferenzen sich nicht um spezielle Maßnahmen gegen die „Internationale“, sondern um die Frage handelt: wie die Lücken der auf das soziale Gebiet bezüglichen Gesetzgebung am ersprießlichsten auszufüllen seien.

Wien, 16. Nov. Es zirkulirt hier der Auszug aus einem Briefe, den der Herzog von Aumale an einen ihm persönlich und politisch nahestehenden Mann geschrieben. „Wir Monarchisten aller Farben — so lautet die markanteste Stelle desselben — können zunächst nichts Klügeres und nichts Besseres thun, als daß wir, gerade wir, den Bau der Republik in die Hand nehmen. Es werden keine fünf Jahre vergehen und die Republikaner aller Schattirungen werden uns flehentlich bitten, die Monarchie bauen zu dürfen.“

Bern, 17. Nov. Die Verwaltung der Gotthard-Bahn genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung zu Luzern das Trace für die Linien Biasca-Bellinzona, Bellinzona-Lugano und Lugano-Chiasso; die Verwaltung verzichtete auf das Prioritätsrecht für die aargauischen Südbahnen und beauftragte die Ausgabe einer zweiten Serie von Obligationen

auf den 20. Nov. 1873, einer dritten auf Ende Mai 1874 und einer vierten auf Ende März 1877 an.

Paris, 17. Nov., Abds. Bezüglich der Interpellation Changaniers über die Agitationsreisen Gambetta's hat die vereinigte Linke den Beschluß gefaßt, einfache Tagesordnung zu beantragen. Die Rechte und das rechte Centrum verlangen dagegen eine motivirte Tagesordnung, welche eine Mißbilligung der Rede Gambetta's zu Ehren ausspricht. Betreffs des Antrages Kerdrel hält die Linke eine Adresse als Antwort auf die Botschaft des Präsidenten für unzulässig und wird deshalb nur eine Tagesordnung beantragen, welche eine Zustimmung zu der Politik Thiers' ausspricht. Die Rechte und das rechte Centrum sind ebensowenig für eine Adresse, scheinen jedoch über die einzunehmende Haltung zu einem gemeinsamen Beschluß noch nicht gekommen zu sein. Das rechte Centrum, welches in der sozialen Frage durchaus auf dem konservativen Standpunkt steht, will darum die Regierung nicht bekämpfen und würde die konservative Republik acceptiren, vorausgesetzt, daß Thiers für deren Erhaltung Garantien gibt. Die Rechte lehnt dagegen jede Transaktion zwischen der Republik und der Monarchie ab.

Konstantinopel, 16. Nov. Die Worte hat an ihren Gesandten in Paris Instruktionen ergehen lassen, nach welchen derselbe gegen das Vorgehen des Seine-Handels-Tribunals in der Frage betreffend die Suez-Kanal-Silber protestiren und hervorheben solle, die Pforte erkenne das Recht dieses Tribunals nicht an, die von ihr ertheilte Konzeption betreffend den Suezkanal zu interpretiren. Der Vorschlag Lefevre's, die Vertreter der Mächte behufs Bestimmung eines gerechten und einheitlichen Zollsystems zusammenzubringen, wurde von der Pforte genehmigt. Lefevre wird morgen eine Audienz beim Sultan haben und am Dienstag nach Paris abreisen. — Bei dem russischen Botschafter, General Ignatieff, hat heute eine Konferenz der Vertreter der Mächte wegen der ägyptischen Konsum-Gerichtbarkeit stattgefunden.

Frankfurter Kurszettel vom 18. November.

Staatspapiere.	
Deutschland 5% Bundesoblig. 100 ¹ / ₂	Österreich 5% Papierrente 60 ¹ / ₂
Preußen 4 ¹ / ₂ % Obligation. 102 ¹ / ₂	Zins 4 ¹ / ₂ % 60 ¹ / ₂
Baden 5% Obligationen 103	Curm. 4% Obl. i. Fr. à 28 Fr. 90 ¹ / ₂
4 ¹ / ₂ % 99 ¹ / ₂	Burg 4% Obl. i. Fr. à 105 Fr. 90 ¹ / ₂
4% 92 ¹ / ₂	Russland 5% Obl. v. 1870 90 ¹ / ₂
3 ¹ / ₂ % Obl. v. 1842 87 ¹ / ₂	£ à 12. 90 ¹ / ₂
Baden 5% Obligationen 100 ¹ / ₂	5% dte. v. 1871 89 ¹ / ₂
4 ¹ / ₂ % 100	Belgien 4 ¹ / ₂ % Obligationen 103
4% 93	Schweden 4 ¹ / ₂ % dte. i. Fr. 96 ¹ / ₂
Württemberg 5% Obligation. 102 ¹ / ₂	Schweiz 4 ¹ / ₂ % Obl. 101
4 ¹ / ₂ % 99 ¹ / ₂	4 ¹ / ₂ % Bern-St. Obl. 99 ¹ / ₂
4% 92 ¹ / ₂	N. America 6% Bonds 1882 96 ¹ / ₂
Nassau 4 ¹ / ₂ % Obligationen 99 ¹ / ₂	von 1862 96 ¹ / ₂
4% 93 ¹ / ₂	6% dte. 1882r 97 ¹ / ₂
Sachsen 5% Obligationen 105	von 1865 97 ¹ / ₂
Gr. Hessen 5% Obligation. 105	6% dte. 1904r 97 ¹ / ₂
4% 105	10% dte. 1864 92 ¹ / ₂
Österreich 5% Silberrente 64 ¹ / ₂	8% Spanische 29 ¹ / ₂
Zins 4 ¹ / ₂ % 64 ¹ / ₂	Belle franz. Rente 83 ¹ / ₂
	1872 86 ¹ / ₂

Aktien und Prioritäten.	
Badische Bank 118 ¹ / ₂	5% Def. Ludwigsb. Pr. i. Fr. 102 ¹ / ₂
Frankf. Bank à 500 fl. 3% 146 ¹ / ₂	5% Böhm. Westb. Pr. i. Fr. 84
Bankverein à 100, 80% 80 ¹ / ₂	5% Elbab. Pr. i. Fr. 1. em. —
Einz. 164 ¹ / ₂	5% dte. 2. em. 82
Vereinskass.-Aktien 143 ¹ / ₂	5% dte. steuerf. neue —
Darmstädter Bank 566 ¹ / ₂	5% dte. (Neumarkt-Ried) 91 ¹ / ₂
Deferr. Nationalbank 1066 ¹ / ₂	5% Pr. i. Fr. steuerf. 91 ¹ / ₂
Deferr. Credit-Aktien 364 ¹ / ₂	5% Kronpr. Rud. Pr. v. 67/68 86 ¹ / ₂
Rheinische Creditbank 133 ¹ / ₂	5% Kronpr. Rud. Pr. v. 1869 86 ¹ / ₂
Rätker Bank 106 ¹ / ₂	5% Pr. Nordwest. Pr. i. Fr. 91 ¹ / ₂
Stuttgarter Bank-Aktien 120 ¹ / ₂	5% Pr. Nordwest. Pr. i. Fr. 90 ¹ / ₂
Deferr. deutsche Bank 124 ¹ / ₂	5% Ung. Ostb. Prior. i. Fr. 70 ¹ / ₂
4 ¹ / ₂ % bayr. Ostb. à 200 fl. 134 ¹ / ₂	5% Ungar. Nordostb. Prior. 80
4 ¹ / ₂ % ostb. Nordb. 500 fl. 143 ¹ / ₂	5% Ungar. Galiz. 80 ¹ / ₂
4 ¹ / ₂ % Def. Ludwigsbahn 78 ¹ / ₂	5% Pr. Süd. Lomb. Pr. i. Fr. 86 ¹ / ₂
5% Ost. Pr. Staatsb. 365 ¹ / ₂	5% Pr. Staatsb. Prior. 50 ¹ / ₂
5% Süd. Lomb. St. G. A. 218 ¹ / ₂	5% Ost. Staatsb. Prior. 57 ¹ / ₂
5% Nordwest. Pr. i. Fr. 236 ¹ / ₂	5% Livorno Pr. i. Fr. 80
5% Elbab. Pr. i. Fr. 267 ¹ / ₂	5% Rheinische Hypothekbank —
5% Pr. Ost. 2. G. 200 fl. 186 ¹ / ₂	Handbriefe —
5% Pr. West. Pr. 200 fl. 259 ¹ / ₂	5% Pacific Central 84
5% Pr. Ost. Pr. steuerf. 239 ¹ / ₂	5% South Missouri 67 ¹ / ₂

Anlehensloose und Prämienanleihen.	
Bayr. 4% Prämien-Anl. 112 ¹ / ₂	Deferr. 4% Präm. Anl. 1854 92 ¹ / ₂
Badische 4% dte. 110 ¹ / ₂	5% 500 fl. v. 1860 95 ¹ / ₂
35 fl. Loose 100	100 fl. Loose von 1864 162 ¹ / ₂
Braunsch. 20-Jähr. Loose 22 ¹ / ₂	Schwedische 10-Jähr. Loose 14 ¹ / ₂
Groß. Preussische 50-Jähr. Loose 200 ¹ / ₂	Finnländer 10-Jähr. Loose 9 ¹ / ₂
25 fl. 55 ¹ / ₂	Remington fl. 7. 7 ¹ / ₂
Andreas-Gunzenhausen Loose 3 ¹ / ₂	Odenburger Pr. i. Fr. 40 ¹ / ₂

Wechselkurse, Gold und Silber.	
Amsterdam 100 fl. 5% i. Fr. 98 ¹ / ₂	Preuss. Friedrichsd'or fl. 9.58–59
Berlin 60 Thlr. 4% 106	106 9.42–44
Bremen 100 M. 3 ¹ / ₂ % 175 ¹ / ₂	Holländ. 10 fl. St. 9.53–55
Hamburg 100 M. 5% 86 ¹ / ₂	Ducaten 5.34–36
London 10 Pf. St. 7% 119 ¹ / ₂	20-francs-Stücke 9.21 ¹ / ₂ –22 ¹ / ₂
Paris 200 Frs. 5% 92 ¹ / ₂	Engl. Sovereigns 11.53–55
Wien 100 fl. Pr. 6% 108	Russische Imperial 9.43–45
	Dollars in Gold 2.25–26

Stimmung: fest.

Berliner Börse. 18. Nov. Kredit 203¹/₂, Staatsbahn 208¹/₂, Lombarden 125, 82er Amerikaner 97, Rumänier —, 60er Loose —.

Wiener Börse. 18. Nov. Kredit 337.90, Staatsbahn 334., Lombarden 202.50, Papierrente 65.70, Napoleonsd'or 8.63, Anglo-bankaktien 330.25, Feil. Union. 283.50.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage II. Seite.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Hermann Koenig.

Großherzogliches Hoftheater. Dienstag 19. Nov. 4. Quartal. 124. Abonnementsvorstellung. Emilia Galotti, Trauerspiel in 5 Akten, von Lessing. Anfang 6 Uhr.

Prospectus.

4 1/2% unkündbare Pfandbriefe

der Rheinischen Hypotheken-Bank

in Mannheim.

Nach Erlaß des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen, d. d. 1. August 1872, G. Bl. No. XXXII, S. 308, sind die Pfandbriefe für die Anlegung von Kündgeldern geeignet.

Subscription auf Thlr. 500,000 = fl. 875,000 S. W. = Frcs. 1,875,000.

Auf Grund des Erlasses des Großh. Bad. Ministeriums des Innern vom 9. Januar 1872 emittirt die Rheinische Hypotheken-Bank in Mannheim die vierte Serie 4 1/2% Pfandbriefe im Betrage von Thlr. 500,000.

Für die Pfandbriefe haften:

- a. Die der Gesellschaft zustehenden hypothekarischen Forderungen bis zum vollen Betrage jeder Emission dergestalt, daß den Pfandbrief-Inhabern ein Vorzugsrecht vor allen übrigen Gläubigern der Gesellschaft zusteht.
- b. Das Actien-Capital, welches vorläufig zwei Millionen Thaler mit 40% Einzahlung = Thlr. 800,000 beträgt.
- c. Der Reservefonds, welchem mindestens 5% des jährlichen Reingewinns zugewiesen werden.

Mit der Wahrung der Rechte der Pfandbrief-Inhaber und mit der Controle über die statutenmäßige Deckung für die emittirten Pfandbriefe ist ein von dem Großh. Bad. Ministerium hierfür bezeichneter Notar betraut, welcher die Pfand-Urkunden im Namen der Pfandbrief-Inhaber unter Verschluss hat und jeden Pfandbrief in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Juli 1860, die Ausstellung der Schulburtunden auf den Inhaber betreffend, unterzeichnet.

Die Pfandbriefe zerfallen in Stücke von Thlr. 1000, Thlr. 500, Thlr. 200, Thlr. 100.

Die Stücke lauten auf den Inhaber, können aber auf Namen gestellt werden. Von Seiten der Rheinischen Hypotheken-Bank sind die Pfandbriefe bis zum 1. Oktober 1876 unkündbar. Am 1. Oktober 1876 und dann alljährlich geschieht die Auslösung der zu tilgenden Beträge, worauf nach vorgängiger Bekanntmachung in den Geschäftsblättern die Rückzahlung der verlostenen Pfandbriefe am darauffolgenden 1. April bewirkt wird. Mit diesem Zeitpunkt hört die Verzinsung der ausgelosten Pfandbriefe auf.

Sämmtliche Pfandbriefe werden innerhalb längstens 36 Jahren, vom 1. Oktober 1876 an gerechnet, amortisirt.

Die Pfandbriefe sind mit halbjährlichen am 1. April und 1. Oktober zahlbaren Zins-Coupons versehen.

Die Zahlung der Zinsen und der verlostenen Pfandbriefe erfolgt in:

Mannheim, Carlsruhe, Freiburg i. Br., Constanz, Frankfurt a. M., Stuttgart, Oldenburg und Basel (an letzterem Orte zum Tageskurse der Gulden S. W.)

Vorerwähnte

Thlr. 500,000 = fl. 875,000 S. W. = Frcs. 1,875,000

werden zur öffentlichen Subscription aufgelegt. Auf dieselben werden

am 19. und 20. November d. J.

bei folgenden Stellen Zeichnungen entgegengenommen:

- In **Mannheim** bei der **Rheinischen Credit-Bank,**
- bei **Herren S. L. Hohenemser & Söhne,**
- bei **Herrn W. Kahn Söhne,**
- bei **Herrn Salomon Maas,**
- bei **Herrn David Oppenheim,**
- „ **Carlsruhe** bei der **Filiale der Rheinischen Credit-Bank,**
- bei **Herrn Heinr. Müller,**
- „ **Herren J. L. Seeligmann & Söhne,**
- „ **Freiburg i. B.** „ der **Filiale der Rheinischen Credit-Bank,**
- „ **Heidelberg** „ **Herren Gebrüder Zimmern,**
- „ **Frankfurt a. M.** bei der **Deutschen Vereins-Bank,**
- „ **Stuttgart** „ **Württemberg. Vereins-Bank,**
- „ **Oldenburg** „ **Oldenburgischen Spar- u. Leih-Bank,**
- „ **Basel** „ **Basler Handels-Bank.**

Jede Zeichnungsstelle schließt die Subscription, sobald der ihr zur Auflage zugewiesene Betrag vollgezeichnet ist.

Der Subscriptionspreis ist auf 96 1/2% festgesetzt.

Bei der Zeichnung ist eine Caution von 10% in Baarem oder in Werthpapieren zum Tageskurse zu hinterlegen. Die Stücke sind bis spätestens 10. Dezember d. J. zu beziehen.

Bei dem Bezuge wird die hinterlegte Caution zurückgegeben, beziehungsweise verrechnet.

Mannheim, den 6. November 1872.

Rheinische Credit-Bank.

Das Internationale Auskunftsbureau für Geschäfts- und Creditverhältnisse von Krebs & Lücke, Berlin, 5. Hausvoigteiplatz 5., ertheilt die directesten, promptesten und wahrheitsgetreuesten Auskünfte über sämtliche Firmen des In- und Auslandes, sowie überseitscher Plätze. Feinste Bankreferenzen auf dieselben Plätze, sowie London, Paris, Madrid u. c. stehen denselben zur Seite und werden nebst Abonnementbedingungen auf Verlangen franco übersandt. D.224. 1.

Weinversteigerung.
Dienstag den 25. November, Nachmittags 2 Uhr, versteigert Unterzeichneteter im Hause Nr. 27 der Salzstraße dahier folgende Weine:
1868r 15000 Liter Fbinger.
1870r 15000 „ „ Fbinger.
1871r 10500 „ „ Fbinger.
Proben am F. S. werden vom 23. November an abgegeben.
Freiburg, den 13. November 1872.
H3828. **Schüle, Waisenrichter.**

Fünfte gänzlich umgearbeitete Auflage!
D.249. In Ludwig Schmid's Buchhandlung in Freiburg und Donaueschingen erschienen:
Der Neue Badische Advokat oder verständlicher Rathgeber für Jedermann, seine gerichtlichen Angelegenheiten bei dem Amtsgericht ohne einen Anwalt selbst zu betreiben. Nach der neuen Prozessordnung und den übrigen neuesten Gesetzen.
Mit einem Anhang, enthaltend: das Wichtigste über den Gebrauch von Stempelpapier, Sporteln und Anwaltskosten, Ganggebühren, Alimentations- und Wäbergeschäftsregeln, das Verfahren in Ehrenrängsursachen; ferner eine Menge von Klagenformularen, nebst einem Verzeichnis der Gerichtsbezirke im Großherzogthum. Preis br. 1 fl. 12 kr. Fein Leinwand geb. 1 fl. 30 kr.

D.293. Karlsruhe.
Circus Corty,
Ludwigsplatz, Karlsruhe.
Heute, Dienstag den 19. November, Große brillante Vorstellung.
Zum 1. Male: Einzug des deutschen Kaisers Maximilian in Augsburg im Jahre 1518 und das damit verbundene großartige Ritterturnier. Alles Nähere durch Anschlag- und Programmzettel.
Kassa-Öffnung 6 Uhr. Anfang präzis 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.
Corty, Althoff,
Direktor. Regisseur.
Mittwoch findet eine Extra-Kindervorstellung statt, bei emäßigten Preisen. Erwachsene Personen in Begleitung ihrer Kinder bezahlen denselben Eintrittspreis. Waisenkinder in Begleitung ihres Vorgesetzten haben freien Eintritt.
Kassa-Öffnung 2 Uhr. Anfang 3 Uhr.
Preise der Plätze:
Sprengel 24 kr. 1. Rang 15 kr. 2. Rang 9 kr. Gallerie 6 kr.

Associegesuch.
Zur Erweiterung einer im schwäbischen Betriebe mit 18 Arbeitern stehenden Seifen- und Waschanstalt im bayer. Oberlande wird ein Associe gesucht, welcher ein Kapital von 8 bis 10000 fl. verfügbar hat und kaufmännisch gebildet ist. — Das Einlagekapital wird gut hypothekarisch gesichert und participirt der Theilhaber an dem Reinertrag von jährlich 30-40 Prozenten. Offerte werden sub 6. H 6684 an die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in München erbeten. D.593.
D.793. 6. Mannheim. Ich empfehle:
20löthige Paraffinzerzen in 3 Sorten glatt und gereist, feinst raffiniertes pensylvan. Petroleum in Kisten mit je 2 Blechbüchsen, 60 Pfund netto enthaltend.
Gust. Schützenbach, Mannheim.
P. S. Keine Petroleumfässer werden in jeder Stückzahl, auf vorübergehende Verfügbung hin, zum höchsten Werth angenommen.

Geschlechts-Krankheiten, Pollutionen, Schwächezustände, Impotenz, Weissfluss etc. heilt gründlich und sicher, brieflich und in seiner Heilanstalt: Dr. Rosenfeld, Berlin, Leipzigerstr. 111. (1376.) M.807. 16.
D.277. 1. Ein routin., mit guten Zeugnissen versehen, bei einer Postverm. beschäftigter Volkshilfe sucht bis 1. März l. J. seine Stelle zu wechseln. Offerten wollen gef. unter K. W. postrest. Villbel b. Frankfurt a. M. abr. werden.

Ruhrkohlen
Für dieses Jahr sind noch ca. 100 Waggons gute Flamm- und Fettkohlen abzugeben. Ferner sind pr. 1.73 ca. 1000 Waggons von verschiedenen der renomirtesten Hütten auf Versteigerungsverträge zu verkaufen. Gef. Offerten unter M 476 an die Expedition dieses Blattes. D.285. 1.
D.268. 1. Eveyer.

Bekanntmachung.

Die Auffstellung eines technischen Sekretärs betreffend.
Das unterfertigte Kreisamt beabsichtigt, da dessen bisheriger II. Sekretär zurücktreten gedenkt, einen technischen Sekretär mit nachbenannten Befugnissen und Verpflichtungen aufzustellen:
Mit der Stelle eines technischen Sekretärs ist ein jährlicher Funktionsbezug von 1200 fl. und ein Reiseerarium im Betrage von 500 fl. verknüpft. Die Auffstellung desselben erfolgt in widerruflicher Weise.
Der Geschäftskreis des technischen Sekretärs — zugleich II. Sekretär des Kreisamtes — umfasst außer der Besorgung der sämtlichen eigentlichen Sekretariatsgeschäfte, einschließl. der Redaktion des Vereinsblattes, die weitere technische Aufschauung vom Stande der Landwirtschaft in den verschiedenen Bezirken zu überzeugen, von wichtigeren landw. Einrichtungen an Ort und Stelle Kenntniss zu nehmen, mit hervorragenden Landwirthen im Benehmen zu treten, die vorgefundenen Verhältnisse zu erörtern, anregend und belehrend zu wirken, sich an landwirtschaftlichen Festen und Unternehmungen zu betheiligen, über seine Wahrnehmungen und Erfahrungen, über gekürzte Wünsche und Beschwerden dem Kreisamt behufs Prüfung, Erwägung und sachgemäßer Beschlussfassung zu berichten und gefasste Beschlüsse zu vollziehen.

Bewerber um die vorbeschriebene Stelle haben sich unter Beilage der nöthigen Zeugnisse über ihre Befähigung, wie über ihr bisheriges Wirken bis 15. Oktober l. J. bei unterfertigter Stelle zu melden. Eveyer, den 16. September 1872.
Das Kreisamt des landw. Vereines für die Pfalz. Der I. Vorstand: v. Braun.

Strafrechtspflege.
Kadungen und Besondere.
R.941. Nr. 15,892. Brauch. Tage 1869er Josef Seefried von Helmheim in Baden wird aufgefordert, sich wegen der Unterfuchung gegen ihn wegen Falschung einer Privaturkunde aus Geminnsucht in 14 Tagen hier zur weiteren Einvernahme zu stellen, als sonst das Erkenntnis nach dem Ergebnisse der Unterfuchung gefällt würde. Brauch, den 12. November 1872.
Großh. bad. Amtsgericht.
Kerzenmaier.
R.950. Nr. 9113. Korf.
J. u. S.
gegen
Karoline Morstadt von Bahz, wegen Unterschlagung.
Karoline Morstadt von Bahz ist der Unterschlagung eines fünfzigguldenheims zum Nachtheil des August Klump von Stadt Rehl angeklagt und schuldig. Dieselbe wird aufgefordert, sich binnen 3 Wochen hier zu stellen, widrigenfalls das Erkenntnis nach dem Ergebnis der Unterfuchung gefällt würde. Zugleich bitten wir um Beibehaltung und Einlieferung derselben. Korf, den 15. November 1872.
Großh. bad. Amtsgericht.
Ramstein.

Herrn Bekanntmachungen.
D.275. 1. Offenburg.
Geld anzuleihen.
Die unterzeichnete Verwaltung hat gegen doppeltes Unterpfand und vorchriftsmäßige Schuldschein und Pfandurkunde 12000 fl. zu 5 Prozent sogleich anzuleihen. Offenburg, den 15. November 1872.
Großh. Säftungsverwaltung.
Reyold.
(Mit einer Beilage.)